

Ressort: Politik

Rot-Grüne Finanzminister attackieren Söder

Berlin, 01.08.2013, 05:39 Uhr

GDN - Die Länderfinanzminister Schleswig-Holsteins und Nordrhein-Westfalens attackieren Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) für dessen Forderung, den Länderfinanzausgleich abzuschaffen. Der Freistaat erhalte insgesamt pro Einwohner höhere Zahlungen vom Bund als der Durchschnitt der Flächenländer West ohne Bayern, sagte NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) der "Welt". "Wir brauchen eine Reform des Länderfinanzausgleichs ab 2020, der sich nicht nach Himmelsrichtungen, sondern nach dem Bedarf in den Regionen ausrichtet", so Walter-Borjans.

Auch Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) wehrt sich gegen die Forderungen aus Bayern und fordert eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen bis 2019. "Der Auftrag des Grundgesetzes, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands zu sorgen, muss weiter umgesetzt werden. Und wir dürfen den Ländern nicht mehr den Anreiz nehmen, ihre Finanzsituation nachhaltig zu verbessern", sagte Heinold der "Welt". Alles müsse auf den Tisch kommen. "Auch die Bereiche, in denen der Süden profitiert und wir schlechter behandelt werden." Deshalb müsse auch über Krankenhausfinanzierung, Forschungsförderung, Verkehrsinfrastruktur und einen Altschuldentilgungsfonds diskutiert werden, so Heinold. Bayerns Finanzminister Söder hatte verärgert auf Berechnungen seines Ministeriums reagiert, nach denen Bayern in diesem Jahr über vier Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich zahlen muss. "Das ist eine große Sauerei, anders kann man es nicht sagen", so der Finanzminister. Die Bayern würden für ihren Fleiß weiter bestraft, was ein "absolutes Unding" sei. Söder hofft deshalb, dass das Bundesverfassungsgericht sich sehr schnell mit der Klage Bayerns und Hessens gegen den Finanzausgleich befasst.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-18778/rot-gruene-finanzminister-attackieren-soeder.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619